JÜDISCHE GEMEINDEZEITUNG FRANKFURT

Amtliches Organ der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main

Dezember 2022 · 55. Jahrgang · Nr. 4 · תשפ"ב 5783 · 2,50 Euro

INTERVIEW
Der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein über seine politischen Ziele
Seite 42

INTERVIEW
Der neue Polizeipräsident von Frankfurt am Main über seine Impulse für die Stadt
Seite 44

Foto: Michael Faists

EDITORIAL
Prof. Dr. Salomon Korn
Chanukka 2022

Foto: Jens Ihnken

Neue Hoffnungen

Mit Bedauern mussten wir in den letzten Wochen erleben, dass Oberbürgermeister Peter Feldmann wegen des Verdachts der Korruption und persönlicher Fehltritte massiv in die öffentliche Kritik geraten ist. Das Votum der Frankfurterinnen und Frankfurter am 6. November hat dieser Diskussion und dem damit verbundenen persönlichen Drama um Peter Feldmann ein Ende gesetzt. Nun bleibt die Hoffnung auf einen positiven Neuanfang für Frankfurt sowie auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit unserer Gemeinde mit der Stadt. Diese scheint zumindest bis zur Wahl des neuen Frankfurter Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin gewährleistet, weil für die Übergangszeit bis zur Neuwahl die gegenwärtige, unserer Gemeinde wohlgesonnene Bürgermeisterin, Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, die Amtsgeschäfte führt und alle Kandidaten, die sich für das Amt im März zur Wahl stellen, die Jüdische Gemeinde gut kennen. Auch dass die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen hat, der Frankfurter Ehrenbürgerin, Trude Simonsohn sel. A., eine bleibende Erinnerung zu widmen, und dafür ein künstlerisches Konzept in Auftrag gibt, erfüllt uns mit Freude.

Die neue Generation
Unsere nachwachsende Generation gibt Grund zur Hoffnung. Die meisten dieser Kinder sind in Deutschland geboren und haben die Bildungs- und Betreuungsinstitutionen der Jüdischen Gemeinde von den Kindertagesstätten über die Isaak Emil Lichtigfeld-Schule besucht sowie die Freizeitangebote des Jugendzentrums und der ZJD genutzt; darüber hinaus boten und bieten die Freizeitangebote des Jugendzentrums und der ZJD Gelegenheit, die Machanot der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zu besuchen, um Freundinnen und Freunde zu finden. Dabei werden sie in ihrem Judentum religiös und politisch gefestigt, mit der Folge, dass sie sich seit einigen Jahren nicht mehr scheuen, bei einer Makkabiade mit der schwarz-rot-goldenen Fahne beim Einzug der Nationen ins Stadion einzulaufen. Auch nach Studienjahren im Ausland haben sich viele von ihnen entschieden, Deutschland als ihr Zuhause und Frankfurt als ihre Heimatstadt zu betrachten. Die Generation der heute 30- bis 45-Jährigen, also die dritte Generation nach dem nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen, ist inzwischen in Politik, Wissenschaft und Publizistik sichtbar. Deren Mitglieder erheben ihre Stimmen in der Öffentlichkeit, wollen mitreden und in jüdischen Institutionen verantwortungsvoll mitwirken.

Erfreuliche Entwicklung
Seit Kriegsbeginn in der Ukraine hat die Jüdische Gemeinde nach Kräften Hilfe geleistet. Die Beratungsstelle und das Anfang März eröffnete Willkommenszentrum bieten ein breites Angebot an Beratung und Versorgung. Unter den Gemeindemitgliedern erleben wir anhaltende Solidarität und Hilfsbereitschaft. Mitglieder jeden Alters engagieren sich und vom Gemeindeclub über das Jugendzentrum bis hin zur Lichtigfeld-Schule werden die Neuzuwanderer aufgenommen und in das Gemeindeleben integriert. Allen, die spenden und helfen, gilt großer Dank – nicht zuletzt auch der Stadt Frankfurt am Main und der Hessischen Landesregierung für ihre umfangreiche Unterstützung.

Ebenfalls als erfreuliche Entwicklung ist festzuhalten, dass Israel und der Libanon hinsichtlich der Gasförderung ein Abkommen zu einer gemeinsamen Seegrenze im Mittelmeer unterzeichnet haben. Es kommt nicht oft vor, dass ein feindliches Land den Staat Israel in einem schriftlichen Abkommen vor der internationalen Gemeinschaft anerkennt, zumal beide Staaten sich offiziell nach wie vor im Krieg befinden. US-Präsident Joe Biden begrüßte die Unterzeichnung als „historisch". Die Einigung sichert die Interessen beider Länder und schafft die Voraussetzungen für eine stabilere und wohlhabendere Region. Zudem könnte das von Israel geförderte Gas zur Linderung der Energiekrise in Deutschland und Europa beitragen.

Uns allen wünsche ich besinnliche Chanukka-Tage: Chag Chanukka Sameach!

Salomon Korn

NACHGEFRAGT

Interview mit der Leiterin von RIAS Hessen, Dr. Susanne Urban

DIE GESELLSCHAFT SENSIBILISIEREN

Vom 22. bis zum 24. November fand in den Räumen des Ignatz Bubis-Gemeindezentrums die Jahrestagung aller Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) statt. Die JGZ nahm die Gelegenheit wahr, um mit der Leiterin der Arbeitsstelle Hessen, Dr. Susanne Urban, nach den Aufgaben dieser bundesweiten Einrichtung zu fragen.

Foto: RIAS Hessen

Dr. Susanne Urban
ist seit 2022 Leiterin von RIAS Hessen. Davor war sie unter anderem wissenschaftliche Mitarbeiterin in Yad Vashem und im Arolsen Archiv und verantwortete die UNESCO Bewerbung für die SchUM-Städte Worms, Mainz und Speyer.

Was genau macht RIAS?

Die Meldestellen nehmen antisemitische Vorfälle jeder Art auf. Entweder über ein Formular, das über unsere Webseite zu finden ist, per Mail oder telefonisch. Diese Vorfälle werden von uns aufgenommen. Dann beginnt die Verifizierung und wir nehmen Kontakt mit den Betroffenen auf. Wir fragen nach mehr Details und gehen auf die Betroffenen ein. Dieser Schritt ist auch wichtig, um Falschmeldungen zu vermeiden, die sich dann gegen uns richten können.

Nachdem der persönliche Kontakt zu den Betroffenen über Telefon oder E-Mail hergestellt wurde, verweisen wir bei Bedarf an die jeweils zuständige Betroffenenberatung. In Hessen ist das für uns vor allem OFEK e.V., eine bundesweite Fachberatungsstelle, mit Hauptsitz in Berlin, die auch in Hessen eine Dependance hat. Alle verifizierten Vorfälle werden in einer Datenbank anonymisiert dokumentiert und in Jahresberichten oder speziellen Monitoringberichten wissenschaftlich ausgewertet.

In Hessen haben wir zudem die Aufgabe von Bildung und Forschung. Wichtig wird die Erstellung von Handreichungen und pädagogischen Materialien zum Thema Antisemitismus sein. Wir wollen die Gesellschaft sensibilisieren und vor allem Multiplikatoren für das Thema interessieren und erreichen.

Wie ist die Arbeit organisiert und finanziert?

RIAS Bund wurde 2018 gegründet. Der Bundesverband RIAS e.V. ist Träger und wird aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert. Es gibt mittlerweile zehn RIAS-Stellen, seit Mitte 2021 auch RIAS Hessen. Unsere aktive Arbeit haben wir im März 2022 aufgenommen.

Um Teil der RIAS-Stellen zu werden, müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein. Dazu gehört auch, die Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA anzunehmen und ein hohes Maß an Datenschutz, aber auch die Vernetzung mit jüdischen Institutionen. Auf den Sitzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft tauscht man sich über alles sehr intensiv aus.

In Hessen werden wir finanziert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!" sowie durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus". Die Trägerschaft, d.h., wo wir angedockt sind, ist die zweite Ebene. Das ist bei RIAS Hessen beim Demokratiezentrum bzw. der Uni Marburg.

Mit wie vielen Fällen und welchen Formen von Antisemitismus habt Ihr zu tun?

Für dieses erste Jahr von RIAS Hessen lässt sich das heute noch nicht beziffern, aber es ist schon so, dass Hessen keine Insel der Seligen ist. Warten wir mal den ersten Jahresbericht Mitte 2023 ab!

Im Grunde genommen haben wir mit dem gesamten Spektrum antisemitischer Stereotype zu tun. Die Bandbreite reicht vom christlichen Antijudaismus, über die rechts- und linksorientierten Spielarten bis hin zum israelbezogenen Antisemitismus, der uns besonders beschäftigt.

Wenn man einen Fall bei Euch angemeldet hat. Wie geht es dann für den Betroffenen weiter?

Innerhalb von 72 Stunden nehmen wir den Kontakt zu der betroffenen Person auf und versuchen ihr oder ihm empathisch zu vermitteln, dass wir für Betroffene da sind. Wir versuchen gleichzeitig herauszufinden, ob er oder sie mit der Situation umgehen kann. Wir empfehlen bei Bedarf eine bereits erwähnte psycho-soziale Begleitung, vor allem OFEK e.V. Eine Anzeige bei der Polizei empfehlen wir nicht dezidiert, sondern weisen lediglich auf die Möglichkeit hin. Das Vertrauen in die Sicherheitsinstitutionen ist unterschiedlich; oft wird von einer Anzeige Abstand genommen.

> *» Jede Meldung ist ein Spiegel der Mehrheitsgesellschaft. «*

Wie verläuft die Zusammenarbeit unter den einzelnen Zweigstellen?

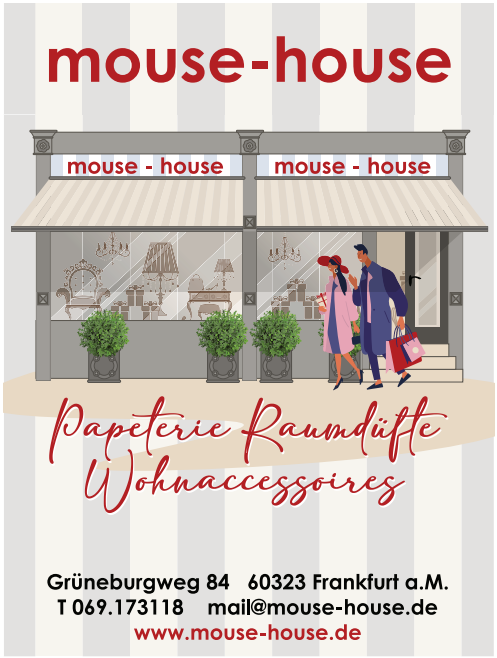
Drei Mal im Jahr haben wir ein mehrtägiges bundesweites Treffen, wie jetzt in Frankfurt. Außerdem haben wir einmal im Monat sogenannte „Incidents-Treffen", bei denen wir einzelne Fälle besprechen und uns gegenseitig bei der Einordnung unterstützen. Alle Treffen und Arbeitsgemeinschaften sind wichtig und wir gehen alle sehr wertschätzend miteinander um, denn auch an uns gehen diese Fälle nicht spurlos vorbei.

Was ist die politische Vision Eurer engagierten Arbeit?

Jeder von uns hat eine eigene persönliche Motivation, warum er oder sie sich für diese Arbeit entschieden hat. Das gemeinsame Motiv aber ist, die Gesellschaft zu sensibilisieren für all das, denn jede Meldung ist ein Spiegel der Mehrheitsgesellschaft.

Gegen Antisemitismus vorzugehen und die Welt in dieser Hinsicht ein bisschen besser zu machen, das ist zumindest mein ganz persönliches Anliegen.

// DAS GESPRÄCH FÜHRTE
DR. SUSANNA KEVAL



HUMANMEDICUM
CENTRUM FÜR ORTHOPÄDIE UND CHIRURGIE

Ihre Orthopäden und Chirurgen in Königstein und Oberursel im Taunus

Individuelle Beratung und Behandlung durch hohe Spezialisierung

Humanmedicum
im Facharzt Zentrum Königstein
Bischof-Kaller-Straße 1a · 61462 Königstein
Tel. +49 (0) 6174-9552-500
praxisklinik@humanmedicum.de
www.klinik-humanmedicum.de

Humanmedicum in Oberursel
Nassauer Strasse 10 · 61440 Oberursel
Tel. +49 (0) 6171-56690
praxis@humanmedicum.de
www.humanmedicum.de